



100-Tage-Bilanz mit Licht und Schatten

Bis 2022, dem Ende der jetzt begonnenen Legislaturperiode, wird es in NRW 1000 Polizistinnen und Polizisten mehr geben als heute. Bis 2025 werden es sogar 2000 Polizisten mehr sein. Zudem wollen CDU und FDP in den kommenden fünf Jahren 2500 Tarifbeschäftigte bei der Polizei einstellen. Auch die umstrittene Kennzeichnungspflicht für Polizisten sowie die von Rot-Grün durchgesetzte Frauenförderung hat der Landtag mit seiner neuen schwarz-gelben Mehrheit bereits wieder kassiert. Trotzdem fällt die Bilanz der bisherigen Regierungspolitik der schwarz-gelben Landesregierung nicht nur positiv aus. Hauptkritikpunkt der GdP: Die versprochene Verstärkung der Polizei geht zwar in die richtige Richtung, aber sie kommt erst mit Verspätung. Auch unter Schwarz-Gelb wird sich der Personalmangel bei der Polizei deshalb erst einmal fortsetzen.

Um das zu verhindern, hatte die GdP in den vergangenen Wochen immer wieder darauf gedrängt, dass die für 2018 angekündigten 500 Tarifbeschäftigten bereits in den Nachtragshaushalt 2017 eingestellt werden (DP 9/2017). Wäre die Landesregierung dieser Forderung gefolgt, hätten die für 2019 geplanten weiteren 500 Tarifbeschäftigten bereits im Jahr 2018 eingestellt werden können. In der Folge hätten die 50 Polizeibehörden in NRW bis zum Sommer des kommenden Jahres insgesamt 1000 Tarifbeschäftigte mehr zur

Verfügung gehabt als jetzt. Das hätte eine erste, echte Entlastung der Polizei gebracht. So aber werden die Behörden erst einmal erneut Personal verlieren und die Überstundenberge weiter anwachsen.

Nach den aktuellen Zahlen, die Innenminister Herbert Reul (CDU) Anfang Oktober genannt hat, werden von den 118 Stellen beim Verfassungsschutz und Innenministerium ca. 50 durch Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte besetzt. Da diese Besetzungen ausschließlich aus den Polizeibehörden

kommen, wird sich dort die Personalstärke weiter reduzieren.

Unklar ist weiter, wie die anderen von Schwarz-Gelb im Koalitionsvertrags versprochenen Maßnahmen umgesetzt werden sollen, ohne die anderen Polizeibehörden weiter zu schwächen. Das gilt zum Beispiel für die geplante Verdoppelung der Eingreiftruppen auf den Autobahnen, aber auch für die Aufstellung von vier BFE-Zügen bei den Hundertschaften. Woher die dafür erforderlichen Polizistinnen und Polizisten kommen sollen, ist auch mehr als einhundert Tage nach dem Start der neuen Landesregierung unklar.

GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert hat deshalb in den vergangenen Wochen nicht nur Gespräche mit Innenminister Herrn Reul (CDU) und dem neuen Staatssekretär Jürgen Mathies, geführt, sondern auch mit den innenpolitischen Sprechern von CDU, Dr. Christos Katzidis, SPD, Hartmut Ganzke. Gespräche mit der FDP und mit Bündnis 90/Die Grünen werden in Kürze folgen.

Wir brauchen einen Masterplan



Innenpolitik hat wieder Konjunktur. Aber das alleine bringt die Polizei noch nicht weiter. Denn zur Wahrheit gehört auch, dass es noch lange dauern wird, bis die Versäumnisse der Vergangenheit wieder ausgeglichen sind. Nicht nur beim Personal, sondern auch bei der technischen Ausstattung und bei der Definition der Aufgaben, die die Polizei in Zukunft wahrnehmen soll – auch in Abgrenzung zu den Ordnungsämtern der Kommunen und gegenüber der Justiz.

In vielen Bereichen hat die neue schwarz-gelbe Landesregierung im Koalitionsvertrag konkrete Verbesserungen versprochen. Aber wann Schwarz-Gelb die Umsetzung ihrer Wahlversprechen angehen und wieviel Geld sie der Polizei dafür zur Verfügung stellen wird, ist noch immer unklar. Selbst führende Koalitionäre wissen das offenbar noch nicht so genau, wenn man von den versprochenen Mehreinstellungen einmal absieht.

Ein Masterplan, wann welche Schritte zur Stärkung der Polizei kommen, ist deshalb dringend erforderlich. Sonst ist zu befürchten, dass vieles, was CDU und FDP den Wählerinnen und Wählern versprochen

haben, erst einmal nicht kommen wird. Ein erster Test für die Ernsthaftigkeit der schwarz-gelben Wahlversprechen ist der Entwurf für den Landeshaushalt 2018, den die neue Landesregierung spätestens Ende des Jahres vorlegen muss. Denn ohne ein mehr an Investitionen lässt sich die Polizei nicht voranbringen. Weder beim Personal, noch bei der Technik.

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender



Nach zehn Jahren: Rüstzeiten endgültig geregelt!

Polizisten müssen bereits bei Dienstbeginn sofort einsatzfähig sein. Deshalb hat die GdP jahrelang dafür gekämpft, dass die Zeit, die für das An- und Ablegen der Ausrüstungsgegenstände erforderlich ist, als Arbeitszeit anerkannt wird. Mit Rechtsschutz der GdP waren Musterklagen vor allen Verwaltungsgerichten in NRW erforderlich, um eine endgültige Entscheidung vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster zu bekommen.

Die obersten Verwaltungsrichter von NRW hatten entschieden, dass die Polizisten durch das An- und Ablegen ihrer Ausrüstungsgegenstände vor Beginn und nach Ende ihrer Schicht zusätzlichen Dienst erbringen. Das OVG hatte damit der Argumentation des Innenministeriums widersprochen, die Rüstzeit müsse schon deshalb nicht vergütet werden, weil die Polizisten ihre Ausrüstungsgegenstände freiwillig

in ihrer Freizeit an- und ablegen würden. Die Entscheidung über die Frage, wie die Rüstzeit im Detail zu vergüten ist, hatten die Richter den Gewerkschaften und dem Innenministerium übertragen.

Im Verlauf der Verbändeanhörung zur Arbeitszeitverordnung Polizei (AZVOPol) im April dieses Jahres, sollte die Rüstzeit geregelt werden. Die Verhandlungen mit dem Dienstherrn gestalteten sich äußerst schwierig. Sollte zu Beginn erst nichts an Zeitausgleich für die Rüstzeit vergütet werden, folgten langwierige Verhandlungen. Es wurde um jede einzelne Minute gestritten. Die Verhandlungen zur AZVOPol standen kurz vor dem Scheitern.

Am Ende der Verhandlungen mit dem damaligen Innenminister Ralf Jäger (SPD) und der Gewerkschaft der Polizei war es die Beharrlichkeit der GdP, dass letztendlich das Er-

gebnis von zwölf Minuten Rüstzeit erzielt wurde. Mit dem Erlass zur Vergütung der Rüstzeiten, dem der PHPR Mitte Oktober zugestimmt hat, ist diese Forderung endgültig durchgesetzt: Rückwirkend zum 1. Juli 2017 erhalten alle Kolleginnen und Kollegen, die im Wach- und Wechseldienst, in den K-Wachen, bei der Autobahnpolizei, der Polizei fliegerstaffel und der Wasserschutzpolizei beschäftigt sind und aufgerüstet zum Dienst erscheinen müssen, eine Zeitgutschrift von zwölf Minuten pro Dienstschicht.

Mit dem neuen Erlass setzt das Innenministerium eine Vereinbarung zur Vergütung der Rüstzeiten um, die die GdP bereits im April mit dem damaligen Innenminister Ralf Jäger (SPD) geschlossen hatte.

Endlich! Die Krankenversichertenkarte kommt!

Bekanntlich mahlen im Innenministerium die Mühlen besonders langsam. Doch jetzt ist es endlich soweit: Im 4. Quartal 2017 erhalten alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, die Anspruch auf die freie Heilfürsorge haben, eine Krankenversichertenkarte (KVK). Damit entfällt bis auf wenige Ausnahmen die zeitraubende Einholung von Überweisungen beim Hausarzt und das lästige Verfahren mit den verschiedenen Behandlungsscheinen wird abgelöst. Berechtigte der Freien Heilfürsorge können nun durch die Karte nachweisen, dass sie Leistungen im Rahmen der vertragsärztlichen Versorgung in Anspruch nehmen dürfen.

Auf dem Chip der Versichertenkarte sind lediglich der Vorname, der Nachname, das Geburtsdatum, die Versichertennummer, die Adresse des LZPD in Duisburg so-



wie Abrechnungsinformationen gespeichert. Im Gegensatz zur elektronischen Gesundheitskarte (eGK), auf der auch vertrauliche personenbezogene Angaben und wichtige Dokumente wie Arztbriefe und Befundberichte in verschlüsselter Form abgelegt werden können, befinden sich auf der Krankenversichertenkarte keine medizinischen Informationen. Aus diesem Grund ist die KVK auch ohne Foto gültig.

Abschied von Karl-Heinz Rose

„Für keine Arbeit zu schade, wenn Not am Manne ist“ – so hat die „Deutsche Polizei“ im Juni 1992 Karl-Heinz Rose bei seinem Abschied in den Ruhestand charakterisiert. Rose war Verwaltungsbeamter in Gelsenkirchen, bevor er 1956 seine Laufbahn bei der GdP als Gewerkschaftssekretär für Beamtenrecht begann. Später war er Organisationssekretär, seit 1971 Geschäftsführer des Landesbezirks.

Dieses Amt hatte Karl-Heinz Rose mehr als 20 Jahre inne und brachte dabei vieles mit auf den Weg, was die GdP bis heute auszeichnet. Von den ersten Ideen zur Einführung der zweigeteilten Laufbahn über den Beginn des Fachhochschulstudiums für Polizisten bis zur Durchsetzung einer besseren Bezahlung bei der Polizei. Mehr als 25 Jahre war Rose zudem ehrenamtlicher Richter für Arbeitsrecht.

Karl-Heinz Rose, 88, ist am 3. Oktober gestorben.



GdP-Frauen wollen die Frauenförderung weiter auf der Tagesordnung halten

Auch nach der Streichung des § 19 Abs. 6 des Landesbeamtengesetzes wollen die GdP-Frauen das Thema Frauenförderung weiter auf der politischen Tagesordnung halten. Das wurde auf der Landesfrauenkonferenz am 8. Oktober in Sprockhövel deutlich, auf der auch der Landesfrauenvorstand für die kommenden vier Jahre gewählt worden ist.

„Grundsätzlich war die Streichung der noch von Rot-Grün durchgesetzten Frauenförderung zwar richtig, weil die neuen Beförderungsvorgaben zu massiven Verwerfungen in der Polizei geführt haben, aber damit ist das Thema Frauenförderung für die nächsten fünf Jahre noch nicht durch! Die Arbeit fängt im Gegenteil jetzt erst an, wenn wir endlich mehr Frauen bei der Polizei in Führungsverantwortung bringen wollen“, kündigte in Sprockhövel Kirsten Salewski, die neue Lan-

desfrauenvorsitzende der GdP, an. Auch beim Thema Kinderbetreuungseinrichtungen bei der Polizei und Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf wollen die GdP-Frauen in den kommenden Jahren mehr Druck machen. Hier sehen die GdP-Frauen die Landesregierung in der Pflicht. In mehreren, in Sprockhövel beschlossenen Anträgen machen sich die Frauen zudem dafür stark, dass die Wochenarbeitszeit für lebensältere Tarifbeschäftigte ab dem 55. Lebensjahr um eine Stunde und ab dem 60. Lebensjahr um eine weitere Stunde reduziert wird. Zudem wollen sie erreichen, dass Stellen nicht mehr sachgrundlos befristet werden dürfen.

Einen breiten Raum nahmen auf der Landesfrauenkonferenz die Wahlen ein: Als Nachfolgerin für die langjährige Frauenvorsitzende Martina Filla haben die Vertreterinnen der GdP-

Frauen einstimmig die bisherige stellvertretende Landesfrauenvorsitzende Kirsten Salewski (Kreisgruppe Düsseldorf) gewählt. 16 Jahre lang hatte Martina Filla an der Spitze der Frauengruppe gestanden. Immer wieder hat sie dafür gesorgt, dass in der lange Zeit von Männern geprägten GdP die Interessen der Frauen Gehör finden. Auch bei den übrigen Vorstandsfunktionen gab es mehrere Veränderungen. Als neue stellvertretende Vorsitzende wurden Anne Strunk (Dortmund) und Julie Janetzko (Gütersloh) gewählt. Als Schriftführerin wurde Sonja Galatsch-Perry (Essen/Mülheim) bestätigt. Zudem gehören dem neuen Landesfrauenvorstand Nicole Jörißen, (Dortmund), Christina Heiers (Münster), Miriam Hünewinkel (Düren), Meike Cürten (Köln) und Patricia Nubi (BZ Carl Severing) als Beisitzerinnen an.

Ballistischer Schutzhelm: Ernsthaft testen, dann endlich einführen!

Seit den Terroranschlägen von Paris gehen die Polizistinnen und Polizisten, die als erstes am Tatort sind, gezielt gegen die Täter vor, statt auf das Eintreffen von Spezialeinsatzkräften zu warten. Damit sie den Terroristen nicht schutzlos ausgeliefert sind, will das LZPD in Kürze einen Trageversuch für ballistische Schutzhelme starten, der feststellen soll, welcher Helm bei angemessenem Tragekomfort die größtmögliche Schutzleistung bietet. Die GdP begrüßt diesen Entschluss, fordert aber, dass dieser Trageversuch in das Amoktraining integriert werden soll und auch die Beamtinnen und Beamten des Wach- und Wechseldienstes und der Einsatzhundertschaften mit einbezogen werden, die den Helm hinterher tragen sollen. Der Trageversuch muss zeitnah und ggf. unter Hinzuziehung von medizinischen und wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgewertet werden, damit die Beschaffung der ersten Helme noch im Frühjahr kommenden Jahres beginnen kann und die Beamtinnen und Beamten im Jahr 2018

ausgerüstet werden können. Gescheitert ist dessen Anschaffung bislang daran, dass die auf dem Markt vorhandenen Schutzhelme, die auch einem Beschuss mit einer Kalaschnikow standhalten, zu schwer sind, um von einem durchschnittlich trainierten Polizisten über einen längeren Zeitraum getragen zu werden. Während andere Bundesländer zum Teil bereits einen ballistischen Schutzhelm mit geringer Schutzwirkung angeschafft haben, hat das LZPD in Duisburg lange Zeit darauf gesetzt, dass die von den Herstellern angekündigten leichteren Helme auf den Markt kommen. Die Entwicklung ist fortgeschritten und es ist nun soweit. Deshalb plant das LZPD inzwischen einen Trageversuch mit mehreren Schutzhelmen, die weniger als vier Kilogramm wiegen.

Der GdP dauert dieser Prozess trotzdem zu lange. Zwar ist die Durchführung eines Trageversuchs grundsätzlich richtig, damit es beim Einsatz der neuen Helme nicht im Nachhinein zu Akzeptanzproblemen bei den betroffe-

nen Beamtinnen und Beamten kommt, trotzdem darf ein langwieriger Trageversuch nicht dazu führen, dass die Entscheidung, welcher Schutzhelm in NRW angeschafft werden soll, immer weiter verzögert wird. Deshalb dringt die GdP darauf, dass der geplante Trageversuch endlich startet und zeitnah ausgewertet wird.

Dabei muss sichergestellt sein, dass die getesteten Schutzhelme ein möglichst hohes Maß an Sicherheit gegen Beschuss und Splittereinwirkung gewährleisten, ohne die Aktionsfähigkeit im Einsatzfall übermäßig einzuschränken. Ein Helm, der aufgrund seiner Trageeigenschaften, beim taktischen Vorgehen nicht getragen werden kann, kommt aus Sicht der GdP nicht infrage! Das können aber nur die Anwender entscheiden und nicht die Politik. Zur Minimierung der ungeschützten Körperfläche ist zudem ein vor Splittern schützendes Visier zwingend erforderlich. Die Anschaffung der neuen Schutzhelme muss unmittelbar nach Abschluss des Trageversuchs erfolgen.



Ausgebremst und überrollt: Experten fordern deutlich mehr Kontrollen des Schwerlastverkehrs

850 Kilometer Autobahn gehören zum Streckennetz, das vom Polizei-präsidium Köln betreut wird. Mehr als eine halbe Millionen Lkw sind dort jeden Tag unterwegs. Kontrolliert werden sie von gerade einmal 15 Beamten im Außendienst. Auch in den anderen Behörden sieht es nicht besser aus. Auf dem Verkehrsforum der GdP Ende September in Düsseldorf, haben Verkehrsexperten der Polizei und des Transportgewerbes nicht nur deutlich mehr Kontrollen des Schwerlastverkehrs gefordert, sondern auch eine bessere Schulung der Beamtinnen und Beamten. Während die Lkw immer mehr mit modernster Bordelektronik aufgerüstet werden, fehlen der Polizei zunehmend die Spezialisten, die die modernen Lkw kontrollieren können. Vor allem in Behörden ohne Autobahnpolizei.

Wie groß der Handlungsdruck ist, zeigt sich nicht nur an den täglich länger werdenden Lkw-Kolonnen, sondern auch bei den Unfällen. Jeder sechste tödliche Verkehrsunfall in NRW wird von einem Lkw-Fahrer verursacht. Alleine im vergangenen Jahr war der Schwerlastverkehr für 67 Tote verantwortlich. Immer wieder hat die GdP deshalb in den vergangenen Jahren gefordert, mehr in die Verkehrskommissariate zu investieren. Eine Forderung, die inzwischen auch vom Innenministerium geteilt wird. Rüdiger Wollgramm, seit dem vergangenen

Jahr Referatsleiter für Verkehr im Ministerium, stellte auf dem GdP-Forum ausdrücklich klar, dass die Verkehrsdirektionen deutlich gestärkt werden müssen. Erforderlich seien nicht nur mehr Beamte, sondern auch mehr Spezialisten, die qualitativ hochwertige Kontrollen durchführen können.

In einem ersten Schritt wurden bereits die Weiterbildungsangebote des LAFP erhöht. Der gesamte Verkehrsbe-reich der Polizei soll zudem in den kommenden Jahren neu aufgestellt werden, erste Konzepte seien bereits in Arbeit, berichtete Wollgramm. Zwei Erkenntnisse stehen für NRWs obersten Verkehrspolizisten dabei bereits fest: Weil die Ausbildung von Spezialisten sehr viel Geld kostet, muss das Innenministerium dafür sorgen, dass die dort eingesetzten Beamten auch eine Aufstiegsperspektive in der Direktion Verkehr haben, damit sie nicht in andere Direktionen abwandern und dadurch das über viele Jahre erworbene Fachwissen wieder verloren geht. Zum anderen müssten für bestimmte Aufgaben, wie zum Beispiel das Blitzen, in Zukunft auch Tarifbeschäftigte eingesetzt werden.

Beide Forderungen werden von der GdP

geteilt. Bereits zu Beginn des Verkehrsforums hatte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert an die Forderung der GdP erinnert, den Verkehrssektor der Polizei nicht nur aufzuwerten, sondern neu aufzustellen. „Dass zahlreiche Polizei-behörden ohne Autobahnpolizei fachlich nicht mehr in der Lage sind, qualifizierte Schwerlastkontrollen durchzuführen, und dass selbst in großen Behörden hochspezialisierte Verkehrsexperten immer wieder zeitweise für andere Einsätze abgezogen werden, weil dort das Personal fehlt, können wir uns angesichts der wachsenden Zahl der Verkehrstoten nicht mehr leisten“, sagte Plickert.

Die von Wollgramm angestrebte Kurskorrektur, den Verkehrsdirektionen der Polizei wieder einen größeren Stellenwert einzuräumen, wird von der GdP ausdrücklich unterstützt. „Wieder in die Fläche zu gehen, ist vollkommen richtig“, sagte GdP-Verkehrsexperte Michael Mertens auf dem Forum. Zudem wies Mertens darauf hin, dass die Stärkung der Fachkompetenz in den Verkehrsdirektionen nicht von jetzt auf gleich möglich sein wird, sondern einen langen Atem erfordert. Auch wegen des rasanten technologischen Wandels. Die Ankündigung, auch in den Verkehrsdirektion Fachkarrieren zu ermöglichen, sei deshalb wichtig. „Das hilft uns, qualifizierte Kollegen in den Verkehrskommissariaten zu halten“, sagte Mertens.

Einig waren sich die Experten des GdP-Forums zudem in der Forderung, bei Verkehrsverstößen nicht nur die Fahrer in die Pflicht zu nehmen, sondern auch die Spediteure. Sie sorgen mit ihren oft nicht einzuhaltenden Dispositionsplanungen dafür, dass die Fahrer nicht nur regelmäßig gegen die Lenk- und Ruhezeiten verstoßen, sondern auch die Geschwindigkeitsbegrenzungen missachten. Zudem werden in den Lkw immer wieder Sicherheitssysteme abgeschaltet, um auf diesem Weg Geld und Zeit zu sparen. Das führt nicht nur zu deutlich mehr Unfällen, sondern auch zu massiven Wettbewerbsnachteilen für die Unternehmen, die sich an die Gesetze halten. Mehr Infos: www.gdp-nrw.de



Ausbildungsforum 2017

Eigenständige Fachhochschule Polizei NRW?!

Die Bachelorausbildung bei der Polizei in NRW genießt bundesweit zu Recht einen sehr guten Ruf. Trotzdem stellt sich die Frage: Ist die Ausbildung der Nachwuchspolizistinnen und -polizisten in der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in NRW (FHöV) gut aufgehoben, oder wäre dafür eine eigene Fachhochschule der Polizei besser? So, wie es sie in mehreren anderen Bundesländern bereits gibt. Die GdP widmet dieser Frage am 17. November ein eigenes Ausbildungsforum. Sie greift damit eine Frage auf, die auch die neue Landesregierung in den kommenden Jahren prüfen und entscheiden will.

Dass die Polizeiausbildung in NRW auch bundesweit einen sehr guten Ruf genießt, liegt zu einem wesentlichen Teil auch daran, dass der Studiengang Polizeivollzugsdienst in den vergangenen Jahren kontinuierlich weiterentwickelt worden ist. An diesem Prozess hat sich die GdP intensiv beteiligt. Und sie wird das auch in Zukunft tun. Bereits mit dem „Konzept 2020“ hat die GdP erste Überlegungen entwickelt, wie die Ausrichtung des Bachelor-Studiums perspektivisch weiterentwickelt und optimiert werden kann. Eine eigenständige Fachhochschule für die Polizei in NRW ist dabei einer der möglichen Ansatzpunkte. Der Vorteil: Eine Fachhochschule „aus einem Guss“ würde eine noch bessere Verzahnung von Theorie, Training und Praxis bedeuten und bestehende Reibungspunkte minimieren.

In anderen Bundesländern, wie Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, ist die eigene Fachhochschule Polizei längst ein Erfolgsmodell. Ob sich die hier gemachten positiven Erfahrungen auch auf NRW übertragen lassen, wird die GdP auf ihrem Ausbildungsforum am 17. November in Sprockhövel zusammen mit Bildungsexperten aus NRW und den anderen Bundesländern diskutieren. Referenten des eintägigen Ausbildungsforums sind der Präsident der FHöV, Reinhard Mokros, die Sprecherin der Fachbereichs Polizei der FHöV, Dr. Monika Pientka, die stellvertretende rheinland-pfälzische GdP-Vorsitzende Sabrina Kunz und der Bildungsexperte der GdP Sachsen-Anhalt, Martin Zimmermann. GdP-Vorstandsmitglied Volker Huß und die Vorsitzende der JUNGEN GRUPPE der GdP in NRW, Maike Neumann, werden zudem erläutern, was eine eigene Hochschule der Polizei für die Nachwuchsausbildung in NRW konkret bedeutet.

Infos und Anmeldung: www.gdp-nrw.de.

Drei Fragen an Maike Neumann:



Maike Neumann, 26, wurde am 13. Oktober auf der Landesjugendkonferenz der GdP in Münster als erste Frau zur Vorsitzenden der Jungen Gruppe der GdP in NRW gewählt.

Wie fühlt es sich an, die erste Frau an der Spitze der Jungen Gruppe zu sein?

Seit 2010 bin ich bei der Polizei und seitdem auch Mitglied der Gewerkschaft. Vor vier Jahren habe ich das erste Mal an einer GdP-Veranstaltung teilgenommen. Dass ich nach dieser kurzen Zeit nun zur ersten Frau als Vorsitzende der Jungen Gruppe NRW gewählt wurde, macht mich schon etwas stolz. Ich bin mir aber auch der großen Verantwortung bewusst.

Sowohl die Bewerberzahl als auch die Neueinstellungen für den Polizeidienst haben sich deutlich erhöht. Glaubst du, dass die Qualität der Ausbildung trotzdem weiterhin gewährleistet werden kann?

Es war dringend notwendig, die Neueinstellungen zu erhöhen. Allerdings ist es dadurch schwieriger, allen angehenden Polizistinnen und Polizisten gerecht zu werden. Als Tutorin weiß ich, dass zum Beispiel nicht jedem Praktikanten sofort ein fester Tutor zugewiesen werden kann. Trotzdem geben sich alle viel Mühe, damit die Situation schnellstmöglich verbessert wird.

Vor dir liegen jetzt vier Jahre als Vorsitzende der Jungen Gruppe. Gibt es bestimmte Projekte, die du in den nächsten Jahren anpacken möchtest?

Ganz vorn steht die Digitalisierung des Polizeidienstes. Wir sind damit groß geworden. Für uns sind Smartphones und Tablets Instrumente des Alltags, die endlich auch für die Polizeiarbeit zur Verfügung gestellt werden müssen.

Ein weiteres wichtiges Thema wird sein, wie wir die Arbeit unserer Tutorinnen und Tutoren mehr wertschätzen können? Neben der alltäglichen Arbeit müssen sich die Tutoren noch um Praktikanten kümmern, was landesweit zu noch mehr Überstunden führt. Als Jungen Gruppe müssen und werden wir uns einmischen und laut sein.



Ausbau der Geschäftsstelle

Seit dem 1. Oktober hat der Social-Media-Auftritt der GdP ein neues Gesicht: Lukas Maaßen, bislang wissenschaftlicher Mitarbeiter im Wahlkreisbüro von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD), betreut in Zukunft den Auftritt des Landesbezirks bei Facebook und Co. Nach einem Studium der Politikwissenschaften an der TH Aachen und der Universität Duisburg-Essen hatte Maaßen parallel zu seiner Tätigkeit im Abgeordnetenbüro von Barbara Hendricks auch beim Social-Media-Auftritt mehrerer SPD-Landtagskandidaten mitgearbeitet. Er folgt Britta Huy, die im vergangenen Jahr den Social-Media-Auftritt des Landesbezirks aufgebaut hat, bevor sie im Sommer zu den Wuppertaler Bühnen gegangen ist.

Ebenfalls zum 1. Oktober ist die Abteilung II für Beamten- und Tarifpolitik um eine weitere Gewerkschaftssekretärin verstärkt worden: Melanie Stolle, bislang als Elternzeitvertretung beim Landesbezirk beschäftigt, übernimmt die Abteilung II.1 mit den Arbeitsbereichen Beamten- und Versorgungsrecht, Verwaltungsbeamte und Seniorenpolitik. Camilla Ruppert, bislang im Erziehungsurlaub, übernimmt die Abteilung II.2 mit den Arbeitsbereichen Tarifrrecht/Tarifangelegenheiten, Jugend- und Auszubildendenvertretung und Junge Gruppe. Mit der Schaffung der zusätzlichen Stelle will der Landesbezirk sein Service- und Betreuungsangebot für die wachsende Zahl der Tarifbeschäftigten bei der Polizei weiter ausbauen.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss der Dezember-
Ausgabe ist der 6. November 2017.**

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 7. 11. Stefanie Schönborn, Extertal
- 26. 11. Henriette Zanettin, Dortmund

91. Geburtstag

- 2. 11. Gisela Diestelmeyer, Bielefeld
- 3. 11. Anneliese Schwarz,
Gelsenkirchen
- 9. 11. Helga Meyer, Köln
- 10. 11. Ilse Bazant, Oberhausen
- 12. 11. Grete Zerr, Dormagen
- 18. 11. Helma Bönke, Wuppertal
- 19. 11. Albert Wiechmann, Seesen
- 24. 11. Heinz Burow, Recklinghausen
- 27. 11. Berthold Parsch, Frechen

92. Geburtstag

- 5. 11. Klara Müller, Fröndenberg
- 8. 11. Erna Meyer, Dortmund
- 9. 11. Edmund Bender, Unna
- 12. 11. Heinz Gärtner, Duisburg
- 16. 11. Hans Broszio, Hagen
- 26. 11. Herbert Himmelmann,
Holzwickede

93. Geburtstag

- 1. 11. Paula Brenner, Bornheim
- 15. 11. Heinz Drechsler, Minden
- 19. 11. Hans Goertz,
Mönchengladbach
Christa Rhinow, Göttingen

- 21. 11. Hanna Schöneberger,
Gütersloh
- 26. 11. Willi Schäfer, Solingen
- 28. 11. Manfred Klinke, Bad Oldesloe

94. Geburtstag

- 6. 11. Maria Stevens, Krefeld
- 17. 11. Margarete Wolf, Düsseldorf
- 19. 11. Werner Tüllmann, Mülheim
- 23. 11. Hans Küppers, Duisburg
- 29. 11. Erich Konieczny, Bottrop

95. Geburtstag

- 2. 11. Liesbeth Goray,
Gelsenkirchen
- 3. 11. Willi Dirx, Willich
- 30. 11. Gertraude Kraus, Köln

96. Geburtstag

- 11. 11. Ilse Wiertz, Dortmund

98. Geburtstag

- 3. 11. Richard Dürscheid,
Bergisch-Gladbach
- 26. 11. Herbert Verbeeck, Köln
- 28. 11. Erika Karbach, Hagen
Lieselotte Nachtigall,
Oberhausen

101. Geburtstag

- 11. 11. Klaudia Feiler, Dortmund

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand wünscht
allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**





Kleine Paradiese im Atlantik

Guernsey & Jersey

8-tägige Gruppenreise

vom 28. Juli bis 4. August 2018

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug ab/bis Düsseldorf nach Jersey
- alle notwendigen Transfers
- 3 Übernachtungen auf Jersey und 4 Übernachtungen auf Guernsey in Mittelklassehotels
- 7 x Halbpension
- Fährüberfahrt Jersey - Guernsey - Jersey
- Stadtführung St. Peter Port mit Candie Gardens auf Guernsey
- örtliche, deutsch sprechende Reiseleitung

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer
ab € 1.449,-

Zimmer zur Alleinbenutzung gegen Aufpreis buchbar.
Es wird ein zusätzlich buchbares Ausflugs paket gegen Aufpreis angeboten.

**Bitte fordern Sie unsere ausführliche Ausschreibung an oder
besuchen Sie uns auf unserer Internetseite www.gdp-reiseservice.de.**

GdP-Service GmbH
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf
0211/29101 -44/-45/-63/-64
www.gdp-reiseservice.de



GdP aktiv

6.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Gelsenkirchen, 11:00 Uhr, Gemeindehaus der Apostelkirche, Horster Str. 35, Gelsenkirchen

7.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppen AP Münster und Münster, 14:00 Uhr, Polizeipräsidium, Kantine, Friesenring 43, Münster. Ab 14:00 Uhr findet die letzte Mitgliederversammlung der „alten“ Kreisgruppe Münster statt, ab ca. 16:00 Uhr beginnt die erste Mitgliederversammlung nach der Fusion mit Vorstandswahlen.

8.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bielefeld, 16:30 Uhr, Entrada, Walther-Rathenau-Straße 28, Bielefeld

10.11., 45. Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 20:00 Uhr, großer Saal Stadthalle Mülheim. Programm mit internationalen Künstlern und Live-Band. Karten 17,50 € p. P., Tel.: 0201/829-2404

13.11., Mitgliederversammlung der

Kreisgruppe Dortmund, 13:30 Uhr, Signal-Iduna-Versicherung, Saal 152, Vorwärtsstraße, Dortmund (gegenüber PP)

15.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Düren, 14:00 Uhr, Landwirtschaftsschule, Rütger-von-Scheven-Straße 44, Düren

22.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Kleve, 16:30 Uhr, Hotel Litjes, Pfalzdorferstraße 2, Goch

24.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Euskirchen, 13:30 Uhr, Kurhaus, Kurhausstr. 3-5, Schleiden-Gemünd

29.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Lippe, 15:30 Uhr, Landgasthaus Ellernkrug, Detmolder Straße 315, Lage

29.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 13:00 Uhr, Restaurant Vier-Jahreszeiten (ehemals Schützenhof), Dammstr. 33, Werdohl

Glücksnummern des Monats

45 5234
Frank Riße, Bergisches Land
45 5444
Hubert Schramek, Duisburg
45 5445
Katrin Müller, Olpe
45 5119
Tomasz Bugalski, Siegburg

Die Gewinner im November erhalten einen GdP-Teddy „Sherlock Holmes“.

30.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bonn, 14:15 Uhr, Polizeipräsidium, großer Sitzungssaal, Königswinterer Str. 500, Bonn

7.12., Jubilarehrung der Kreisgruppe Bochum, 15:30 Uhr, Polizeipräsidium, Kantine, Umlandstr. 35, Bochum

Senioren aktuell

Kreisgruppe Coesfeld

29. November, 14:30 Uhr, Seniorentreffen, DRK-Heim, August-Schlüter-Str. 32 (neben der Feuerwehr), 48249 Dülmen

Kreisgruppe Essen

4. Dezember, 15:00 Uhr, Seniorenabschlussfeier und Jubilarehrung, Hotel Franz, Steeler Str. 261, 45131 Essen, Anmeldung und nähere Info

GdP-Büro, Telefon 02 01/829-24 80 in der Zeit Di.–Fr. von 9:00 bis 12:00 Uhr

Kreisgruppe Köln

16. November, 14:00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2-4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln, Beihilfe bei stationärem Krankenhausaufenthalt sowie bei Zahnarztbehandlung und Zahnersatz

Kreisgruppe Autobahnpolizei Münster

24. November, 15:30 Uhr, Adventskaffeetrinken Senioren, Autobahnpolizei Münster, Raum 205, Hammer Str. 234, 48153 Münster, Anmeldung erforderlich unter gdp.apms@web.de

NACHRUFE

Wilhelm Bolz	01.07.1935	Aachen	Stefan Walther	04.03.1973	Düsseldorf
Hans Peter Meulenberg	26.10.1950	Aachen	Kurt Kulbatzki	12.06.1924	Gelsenkirchen
Johannes Wienke	04.04.1933	Aachen	Hans-Jürgen Bartninkat	25.08.1955	Heinsberg
Peter Dohmen	29.09.1942	AP Düsseldorf	Grete Schramm	01.04.1927	Heinsberg
Manfred Henke	28.05.1927	AP Düsseldorf	Rainer Venghaus	04.07.1952	Herford
Theodor Hölscher	09.09.1934	AP Münster	Georg Esser	06.08.1934	Köln
Ilse Brandes	02.10.1921	Bergisches Land	Elli Willuweit	24.06.1920	Lippe
Juliane Murtfeldt	04.03.1917	Bergisches Land	Inge Schwarz	05.07.1943	LKA
Bernhard Anker	01.10.1946	Bochum	Manfred Vetter	01.06.1924	LKA
Adelheid Mette	24.02.1934	Bochum	Hans Selonke	03.12.1920	Märkischer Kreis
Klemens Vennes	09.02.1938	Borken	Robert Stark	24.11.1922	Minden-Lübbecke
Jürgen Hüsemann	20.07.1935	Dortmund	Horst Panthöfer	08.07.1946	Olpe
Klaus Mohr	15.07.1948	Dortmund	Elisabeth Engelhardt	09.06.1941	Paderborn
Peter Reddig	24.11.1952	Dortmund	Friedhelm Heinz Bonse	13.08.1935	Soest
Irmgard Höhl	21.02.1940	Duisburg	Arno Scheidung	27.07.1933	Wesel
Klaus Kastner	26.02.1930	Düren			

